

klärt, über die sich SED und SPD im Prinzip bereits geeinigt haben. Wir werden die Entwicklung in dieser Hinsicht aufmerksam verfolgen.

Das Zentralkomitee der SED hat die Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, und Werner Lamberz, Kandidat des Zentralkomitees, benannt, um mit den vom Parteivorstand der SPD nominierten Vertretern alle Fragen der Vorbereitung der beiden Veranstaltungen, einschließlich der Termine, zu beraten.

Im Zusammenhang mit dem bisherigen Meinungsaustausch zwischen SED und SPD und verschiedenen Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse will das Zentralkomitee der SED auf einige der aufgeworfenen Fragen noch einmal näher eingehen.

Wir sind für ein Verhältnis guter Nachbarschaft, für vernünftige Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Die Bonner Regierung und die CDU/CSU aber verfolgen eine Politik offener Feindschaft gegenüber der DDR.

Täglich wird von Westdeutschland aus Haß gegen uns verbreitet und erklärt, die DDR müsse verschwinden. Die Bonner CDU/CSU-Regierung weigert sich, die Existenz der DDR anzuerkennen, und hält - allen Realitäten zum Trotz - an ihrem Alleinvertretungsanspruch fest. Die Führer der CDU/CSU hängen der wahnwitzigen Theorie an, der andere deutsche Staat sei ihnen ausgeliefert, solange sie ihn nicht anerkennen.

So aussichtslos die Pläne der westdeutschen Militaristen auch sind, so gefährlich sind sie für die westdeutsche Bevölkerung und den Frieden in Europa. Sie stellen den Kern der Staatsdoktrin des Bonner Revanchismus dar.

Die DDR und ihre sozialistische Gesellschaftsordnung entwickeln sich seit über fünfzehn Jahren auch ohne formelle Anerkennung durch die westdeutsche Regierung ausgezeichnet. Ob es Bonn und der CDU/CSU gefällt oder nicht, unser Staat gewinnt immer größeres internationales Ansehen und unterhält gute und freundschaftliche Beziehungen zu vielen Staaten der Welt. Aber ebenso klar ist: Ohne Verzicht auf den revanchistischen Alleinvertretungsanspruch durch die westdeutsche Regierung, ohne Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten gibt es keine Sicherung des Friedens in Deutschland, keine Annäherung und Verständigung und schon gar keinen Weg zur Wiedervereinigung.

Natürlich will auch die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Wenn der Friede in Deutschland dennoch ernstlich bedroht ist, dann durch jene Kräfte, die